



WEHRPFLICHT-ARMEE ODER BERUFSHEER?

## Parteien machen für Volksbefragung mobil

**Abstimmung.** Noch 13 Tage bis zur Entscheidung

Zwei Wochen vor der Volksbefragung über die Wehrpflicht starten beide Regierungsparteien ihre Mobilisierungskampagnen. Im Rahmen einer Gala, die vom Pro-Berufsheer-Komitee unter dem Vorsitz von Hannes Androsch im Wiener MuseumsQuartier organisiert wurde, trat mit Kanzler Werner Faymann die halbe SPÖ-Regierungsmannschaft an, um für die Umrüstung auf

ein Berufsheer zu werben. VP-Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Staatssekretär Sebastian Kurz präsentierten gestern Pläne, um die Wehrpflicht attraktiver zu machen. Die Rekruten sollen die Zeit beim Heer als „Talentecheck“ zur Förderung ihrer Fähigkeiten in den Bereichen Sport, Gesundheit, Ernährung und Erste Hilfe nutzen können.

# SPÖ macht im Finale für Berufsheer mobil: „Sonst wird altes System einbetoniert“

VON DANIELA KITTNER

**Volksbefragung.** Mit einer Gala im MuseumsQuartier startet die SPÖ ihre Offensive gegen die Wehrpflicht.

Es ist die erste Veranstaltung der Kanzlerpartei, die der Dimension des Themas gerecht wird: Die SPÖ will das Bundesheer der größten Reform seit seiner Gründung 1955 unterziehen und die Wehrpflicht abschaffen.

Bis jetzt hat die SPÖ ihren Verteidigungsminister einen Einzelkampf gegen die Wehrpflicht führen lassen. Gestern stieg erstmals Kanzler Werner Faymann mit einer Erklärung zur Zukunft des Bundesheeres in das Thema ein. Im Rahmen einer Gala, die vom Pro-Berufsheer-Komitee unter dem Vorsitz von Hannes Androsch organisiert wurde, trat die halbe SPÖ-Regierungsmannschaft, um für ihre Reformpläne zu werben.

Wie Kanzler Faymann sprach sich auch Verteidigungsminister Norbert Darabos gegen einen „Zwangsdienst“ aus: „Wenn wir der Wehrpflicht ein Ende setzen, verhelfen wir unseren jungen Burschen zu sechs Monaten Lebenszeit, die sie in Aus- und Weiterbildung investieren können, in den Berufseinstieg oder in ihren ersten Karrieresprung.“ Darabos verwies auf die jüngste Studie der Arbeitsmarktexpertin Gudrun Biffl, wonach der Wehrdienst nicht nur die Volkswirtschaft Wachstum koste, sondern die jungen Männer so viel Lebenserwartung wie eine Babypau-

**„Es gibt schlicht keinen rationalen Grund mehr für diesen Zwangsdienst.“**  
Norbert Darabos  
Verteidigungsminister



Großaufgebot der SPÖ wirbt für historische Reform: Hundstorfer, Darabos, Faymann wollen Berufsheer und Sozialjahr statt Wehrpflicht

se. Darabos: „Ich bin der Meinung, dass wir die Jugend von der Wehrpflicht befreien sollten. Es gibt schlicht keinen rationalen Grund mehr für diesen Zwangsdienst.“

**Freiwillig ist besser**  
Der SPÖ-Minister warnte eindringlich davor, was passiert, wenn die Abstimmung am 20. Jänner für die Wehrpflicht ausfällt: „Wenn wir diese Gelegenheit zu einer großen Reform ungenutzt verstreichen lassen, wird das überholte Wehrpflicht-System auf Jahre hinweg einbetoniert.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer unterstrich die Vorteile eines Sozialjahres gegenüber dem Zivildienst:

Die Sozialhelfer würden ausgebildet und bezahlt bekommen. „Wer etwas freiwillig macht, macht es besser“, so Hundstorfer. Anders als beim Zivildienst, den nur junge, wehrpflichtige Männer leisten können, würde der Zugang zum Sozialjahr verbreitert: Zum Sozialjahr (1400 € Monatslohn, 14 Mal jährlich) können sich Männer und Frauen jeden Alters frei-

**„Die SPÖ ist nicht wie ein Computer, wo man etwas eingibt und alle sind einer Meinung.“**  
Werner Faymann  
Kanzler, SPÖ-Chef

willig bis zum Pensionsantritt melden.

Hundstorfer betonte, dass der Sozialdienst mit dem derzeitigen Zivildienstsystem ohnehin bald an seine Grenzen stoßen würde, da nun geburtenschwächere Jahrgänge nachkommen. Früher oder später werde man daher, unabhängig davon, wie die Abstimmung am 20. Jänner ausgeht, auf das Modell des Sozialjahres zurück greifen müssen.

Die SPÖ hat gestern auch ihre Spitzengremien, Parteipräsidium und Vorstand, in Wien zusammen gerufen. Dabei war das Ausschere von Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller Thema. Burgstaller hatte punk-

tlich zu Beginn der Berufsheer-Offensive der SPÖ lautstark verkündet, sie werde für die Wehrpflicht stimmen. Während sich Kanzler Faymann generös zeigte – „Das Ausschere stört mich nicht“ – ist Darabos „enttäuscht, dass sich die Frau Landeshauptmann in eine andere Richtung bewegt“. Er habe im Parteipräsidium für sein Berufsheer-Modell „hundertprozentige Zustimmung“ gefunden. Burgstaller und der Steirer Franz Voves waren allerdings nicht anwesend.

Es ist kein Geheimnis, dass rund ein Drittel der SPÖ-Funktionäre weiterhin Anhänger der Wehrpflicht sind. Es gibt keinen Parteitagbeschluss für ein Berufsheer.

## WEHRPFLICHT

### Untauglich: ÖVP-General Rauch ist in Erklärungsnot

**Vorwurf.** Mit Verve kämpft ÖVP-General Hannes Rauch dafür, den verpflichtenden Wehrdienst zu erhalten – und dann das. Auf Twitter behauptet ein Tiroler Aktivist, Rauch habe nicht gedient. Dieser sei ursprünglich als tauglich qualifiziert worden, später – und schon in der Politik – als untauglich. „Ein Bundesheer-Drückeberger als Wehrpflicht-Propagandist.“

Stimmt das? Er habe sich nicht gedrückt, sagt Rauch dem KURIER: Bei der Musterung 1989 habe er um Aufschub gebeten – „so wie das jeder tut, der studiert“. 1998 sei er als untauglich bewertet worden. „Ich habe mir bei einem Sportunfall die Knie-scheibe gebrochen. Ich hatte einen schweren Knie-schaden.“ Wie kommt es dann zu einem Youtube-Video, das ihn beim Tennisspielen zeigt? „Das war bei einem Charity-Turnier zugunsten von SOS-Mitmensch. Ich spiele leidenschaftlich Tennis.“

Pikant: 2011 hat Rauch kund, die ÖVP wolle die Untauglichkeit an die Berufsunfähigkeit knüpfen. „Das hätte zur Folge, dass die Untauglichkeitsrate sinkt und die Tauglichkeitsrate steigt, weil die Berufsunfähigkeit im Arbeits- und Sozialrecht strenger Kriterien unterliegt.“ Will er das noch immer? Würden andere Tauglichkeitsregeln gelten, spräche nichts dagegen. Er wäre „ein klassischer Fall. Es gibt Tätigkeiten beim Heer, die man trotz eines Knie-schadens verrichten kann, etwa Kraftfahrer oder Kanzeleikraft. Auch als Zivildienster könnte man arbeiten. Da könnte man wegen eines Gebrechens zwar nicht alles machen, aber etwa „Essen auf Rädern“ schon.“

– KARIN LEITNER



„Bin kein Drückeberger“: Rauch

## Wehrdienst als „Talentecheck“

**Militär** – Die ÖVP will das Heer zur „Sicherheitsschule“ machen

Die jungen Männer sollen Sprachkurse, den Lkw- oder EDV-Führerschein machen können; sie sollen in der Kaserne eine Studien- und Weiterbildungsberatung bekommen; und wer will, darf einen Kurs in „Staatsbürgerschaftskunde“ belegen: Am Montag erklärte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Staatssekretär Sebastian Kurz, wie sie sich die Armee der Zukunft vorstellen – mit einer allgemeinen Wehrpflicht, versteht sich.

Ein umfassendes Modell, wie die neue, reformierte Armee genau aussehen soll, blieben die ÖVP-Politiker weiter schuldig. Doch die beiden stellten zumindest einige Ideen vor, was sich im Militär dringend ändern muss.

„Das Bundesheer soll die Sicherheitsschule der Nation werden“, sagte die Innenministerin. Und dazu gehöre nicht nur, dass junge Österreicher bestmöglich nach ihren Talenten und Fähigkeiten eingesetzt werden („Talentecheck“), sondern auch, dass „Schwerpunkte in den Bereichen Sport, Gesundheit, Ernährung und Erste Hilfe“ gelegt werden.

Den Einwand, dass taugliche junge Österreicher nach der Stellung ja ohnehin und seit Jahren gefragt werden, wann, wo und in welcher Funktion sie einrücken wollen, ließen Mikl-Leitner und Kurz nicht gelten. „Als ich beim Heer war, da habe ich mich geschätzte 15 mal für verschiedene Dinge gemel-

det und beworben – geworden bin ich dann immer das Gegenteil“, sagt Kurz.

Sollen junge Österreicher künftig also einen Rechtsanspruch auf den Einrückungstermin oder ihre Verwendung bekommen?

„Nein“, antwortet Mikl-Leitner – aber die Einstellung gegenüber den Grundwehrgeniern müsse sich ändern.

**Zivildienst für Frauen**  
Das Argument, dass zusätzliche Bildungsangebote Geld kosten und dass damit die Zeit für die militärische Ausbildung verkürzt wird, zieht für Kurz nicht: „Stundenlanges Exerzieren kostet auch Geld. Ich persönlich hätte beim Heer für solche Kurse durchaus Zeit gefunden. Da



geht's um die Prioritäten.“  
Andern wollen die ÖVP-Politiker zudem den Zugang zum Zivildienst: Dieser soll nicht nur für Frauen, sondern

auch für jene Österreicher möglich sein, die den Grundwehrendienst bereits hinter sich haben.  
– CHRISTIAN BÖHMER

## ÜBERBLICK

### FPK ist für jede Koalition offen

**Landtagswahl.** Die Kärntner Freiheitlichen sind nach der Landtagswahl am 3. März zu jeder Koalition bereit. „Wir würden sogar mit der SPÖ zusammenarbeiten“, sagt FPK-Chef Kurt Scheuch. Und: „Die stärkste Partei soll den Landeshauptmann stellen.“ Sollte dies die SPÖ sein, würde die FPK deren Chef Peter Kaiser wählen. Kritik gibt es am Plakatverbot (Scheuch: „Das ist verfassungswidrig“) und an der Wahlkampfkosten-Beschränkung („Wir werden ein wenig mehr als 500.000 Euro ausgeben“).